

Rheinberger STATT Nachrichten



WIR
WÜNSCHEN
ALLEN
LESERINNEN
UND LESERN
EIN GUTES
NEUES JAHR
2016

Aus der Fraktion

Flüchtlinge in Rheinberg

Auch in Rheinberg ist die Zahl der Flüchtlinge aus den Krisen- und Kriegsgebieten in Afrika, Asien und Europa seit dem Sommer gestiegen: Zur Zeit leben 467 Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder hier bei uns.

150 Personen wohnen in neuen beziehungsweise renovierten Containern am Melkweg in Haus Cassel. Die Wohnsituation in Containern ist zwar sehr beengt, bietet jedoch Flüchtlingsfamilien eine kleine abgeschlossene Wohneinheit. 245 Personen, darunter 40 in der Ossenberger Schule, sind ohne nennenswerte Privatsphäre in Gemeinschaftsunterkünften untergekommen.

Ehrenamtliche verdienen höchste Anerkennung

Die Betreuung wird von den Sozialarbeitern der Stadt und den Wohlfahrtsverbänden geleistet. Seit Monaten gibt es hier einen besonders lobenswerten Einsatz an Zuwendung und Organisation. Die vielen Ehrenamtlichen, die Sprachkurse durchführen und Kinder und Erwachsenen betreuen, verdienen höchste Anerkennung.

Auch die Kindergärten, Grund- und weiterführenden Schulen stellen sich mit großem Engagement der Aufgabe, immer wieder neue Kinder aufzunehmen und diese in Klassen unterzubringen. Hier helfen Sprachpaten, um die Kinder zusätzlich in Kleingruppen zu fördern. Die guten Kontakte und die Vernetzung der Schulen untereinander ermöglichen die schnelle Organisation besonderer Lehreraktivitäten für die 68 schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen.

Dank des guten Zusammenwirkens von Stadtverwaltung, Ehrenamtlichen und Sozialverbänden kann für die geflüchteten Menschen in Rheinberg ein Neubeginn ermöglicht werden. Die schrecklichen Erlebnisse von Krieg, Terror und Flucht begleiten viele – bestimmt noch eine lange Zeit.



Sachkundige Bürgerin Barbara Edwig lobt das gute Zusammenwirken aller Beteiligten bei der Bewältigung der Flüchtlingshilfe



Lange hat sie sich hingezogen, die Umnutzung des Marien-Hospitals in Orsoy zu einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für Flüchtlinge. Bereits im Frühsommer hatte die zuständige Bezirksregierung vertraulich die Verwaltung der Stadt über das Vorhaben informiert und kurz darauf ihre Pläne weiter konkretisiert. Die Presse hatte derweilen bereits von dem zugrundeliegenden Grundstücksverkauf erfahren und berichtet. Als dann erst Ende September die Bezirksregierung und die Stadt offiziell die Bürger informierte, waren Spekulationen, Irritationen und z.T. gehässige Kampagnen bereits unnötig weit gediehen. Dennoch konnten Anfang November die ersten Flüchtlinge in eine durchweg freundliche Umgebung einziehen. Doch nach gerade drei Wochen musste die ZUE wieder geräumt werden, weil der für ein Hospital geeignete Brandschutz der ZUE nicht genügte – ein peinlicher Rückschlag! Nach Behebung der Mängel könnte das frühere Hospital dann Anfang Januar 2016 wieder geflüchtete Menschen aufnehmen.

Streitpunkt AWO-Bau

Die AWO plant auf dem Areal der ehemaligen Förderschule in einem altrheinberger Kernbereich ein Bürogebäude, eine Altentagesstätte und in einigen Jahren, nach Abriss des alten Schulgebäudes, seniorengerechte Wohnungen.

Dies wird von einer Bürgerinitiative von Anwohnern kritisiert: Das Areal des Schulhofes biete Spielmöglichkeiten für Kinder, besitze einen wertvollen Baumbestand und sei für eine so dichte Bebauung nicht geeignet. Beklagt werden zudem die bislang fehlende offizielle Information über das Vorhaben, die erwartbaren Probleme mit dem Verkehr sowie der geplante Abriss des Schulgebäudes.

Die GRÜNE Fraktion ist in ihren Beratungen davon ausgegangen, dass Einrichtungen für Senioren gut in eine zentrale Stadtlage passen würden. Diese lassen sich nicht an den Stadtrand oder gar in ein Gewerbegebiet verlagern. Das würde faktisch eine Ausgrenzung der SeniorInnen bedeuten.

Ein Hauptproblem sieht die Bürgerinitiative beim Büroprojekt: Das Gebäude würde sich wegen seiner Massivität nicht einpassen in das Areal. Da es hier aber noch keinen endgültigen Stand gibt – es existiert nur ein Vorentwurf – ist eine genaue Einschätzung derzeit schwer möglich.

Klar ist allerdings, dass sich die AWO hier an der umgebungstypischen Bebauung orientieren muss. Höher oder mehrgeschossiger als die Gebäude ringsum darf es also nicht sein. Neben der Stadt wird zudem die Denkmal-

schutzbehörde bestimmte Vorgaben machen.

Der zweite große Knackpunkt ist der Verkehr. 46 Stellplätze sind nach derzeitigem Stand vorzusehen. Hier muss in der Tat ein überzeugendes Konzept her, wo diese Parkplätze unterzubringen sind, ohne gravierende Probleme für die Anwohner zu schaffen. Die GRÜNE Fraktion hat dazu einen inzwischen auch verabschiedeten Antrag eingebracht, für die umliegenden Straßen ein Konzept für Anwohnerparkausweise zu erarbeiten sowie Vor- und Nachteile einer Ein-



Ratsmitglied Jürgen Bartsch verlangt eine Bürgerbeteiligung bei den Planungen für das Bauvorhaben der AWO

bahnstraßenregelung darzustellen. Hierdurch könnte der Parkdruck aus dem Bereich von Gold-, Ritter- und Alte Rheinstraße genommen werden.

Nicht glücklich ist die GRÜNE Fraktion allerdings über die Kommunikation: Hier hätte eine frühzeitige Information der AnwohnerInnen die Situation entspannen können. Größere Bauvorhaben werden heute sehr intensiv von der Bürgerschaft beobachtet. Wir sehen dies positiv, lassen sich doch durch eine kritische Begleitung wichtige Hinweise erhalten. Oder was spräche gegen eine Information der AnwohnerInnen durch den Investor schon ab einem frühen Planungsstadium? Ich meine: Letztlich hätten beide Seiten dadurch nur gewinnen können!

Stadtentwicklung – wie weiter mit den Flächen?

Zunehmende Versiegelung ist schon seit langem ein sehr problematisches Thema. Die Konkurrenz um Flächen zwischen den drei Nutzungsarten Natur, Landwirtschaft und Wohnen wächst. Je mehr Flächen für Wohnen, Arbeiten und Mobilität versiegelt werden, desto mehr müssen Natur und Landwirtschaft um die übrigen Flächen konkurrieren. Beide sind aber wichtig. Flächen für die Nahrungsmittelproduktion sind ebenso notwendig wie natürliche Lebensräume für Flora und Fauna.

Aber nicht nur verschiedene Nutzungsansprüche an Flächen sind ein Problem. Durch zunehmende Versiegelung müssen die Kanäle viel Wasser abtransportieren, da es nicht mehr genügend (Grün)Flächen zum Versickern gibt. In Budberg haben wir im Frühjahr 2014 erleben müssen, wie unzureichende Pumpleistung und Kanäle durch ein Starkregenereignis überlastet waren. Aber auch das Stadtklima leidet unter immer weniger städtischen Grünflächen.



Ratsmitglied Simon Thölke kritisiert die fehlende Begrenzung des Kiesabbaus im neuen Landesentwicklungsplan (LEP)

Da kommt der neue LEP leider zu spät: Mit dem Bebauungsplan 56 zwischen Anna-berg und Autobahn wurde im Rat im Dezember gegen die Stimmen der GRÜNEN Fraktion ein Bebauungsgebiet beschlossen, mit welchem weitere 17 ha Fläche versiegelt werden können. SPD und LINKEN war besonders wichtig, hier Flächen für den sozialen Wohnungsbau zu sichern.

Auch wir als GRÜNE meinen: Sozialer Wohnungsbau ist wichtig. Aber: In Autobahnnähe und in Nähe zu Amazon und Aldi-Logistikzentrum ist Lärm und hohe Verkehrsbelastung in diesem Bereich vorprogrammiert. Kein schöner Ort zu wohnen. Und es ist auch keine gute Idee, Menschen mit geringem Einkommen an den Rand der Stadt zu drängen.

Die Temperaturen steigen in Städten signifikant an, da Beton und Asphalt Wärme speichern und reflektieren, während Bäume und Sträucher durch Verdunstung von Wasser die Luft abkühlen. Auch fängt Bepflanzung Schadstoffe ab und erhöht so die Gesundheits- und Wohnqualität von Städten. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung sich zum Ziel gemacht, mit Flächen sorgsamer und nachhaltiger umzugehen und einen angemessenen Ausgleich zwischen den drei Nutzungsansprüchen zu finden. Das Planwerk, welches die Flächennutzung und Raumentwicklung überregional festlegt, ist der Landesentwicklungsplan (LEP).

Die Stadt Rheinberg – wie auch alle anderen Kommunen und die Öffentlichkeit – wurde Anfang 2014 an der Neuauflage des LEP beteiligt. Viele gute Ziele wurden darin formuliert. Die Landesregierung legte vor, dass die neue Versiegelung von Flächen bis 2020 auf 5 ha pro Tag in NRW, langfristig sogar

auf 0 ha reduziert werden soll. Dies sorgte dafür, dass restliche Bedarfe bis 2020 noch durch neue Versiegelung abgedeckt werden können, im Anschluss allerdings keine neuen Versiegelungen vorgenommen werden, wenn nicht an anderer Stelle Fläche renaturiert wird.

Grüne Stellungnahme fand im Rat Mehrheit

Während die GRÜNE Fraktion diese Absicht des Landes sehr begrüßte, sahen Verwaltung und eine Ratsmehrheit darin ihr kommunales Selbstverwaltungsrecht bedroht. Leider hat die Landesregierung auf Grund des hohen Druckes aus den Kommunen diesen Wunsch übernommen und die Flächenreduzierung von einem konkreten Ziel auf einen Grundsatz herabgestuft. Dadurch ist die rechtliche Verbindlichkeit herausgenommen.

Durch die vielfältigen Änderungen ist nun ein erneutes Beteiligungsverfahren

gestartet worden. Die Stadt Rheinberg hat im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss Ende November 2015 über eine weitere Stellungnahme diskutiert. Dem Entwurf der Verwaltung setzte die GRÜNE Fraktion einen Gegenentwurf entgegen. Darin wird die Abstufung des Ziels zur Reduzierung auf 0 ha zu einem Grundsatz kritisiert und begrüßt, dass die Landesregierung auf die Herausforderungen von Demographie und Klimawandel eingeht. Auch begrüßen wir, dass im neuen Entwurf des LEP ein Verbot von Fracking Einzug gefunden hat.

Im Rat fand unsere Stellungnahme dann mit den Stimmen von GRÜNEN, SPD, LINKEN und Herrn Hecker eine Mehrheit. Aus unserer Sicht ein gutes Signal in Richtung Landesregierung, dass auch die Stadt Rheinberg sich den Anforderungen der Zukunft stellt und nachhaltig mit Flächen umgehen will.

Ein Wermutstropfen bleibt: Schon in der ersten Stellungnahme der Stadt Rheinberg wurde – von uns GRÜNEN mitgetragen – kritisiert, dass im neuen LEP keine Begrenzung des Kiesabbaus vorgenommen wird. Nicht nur Rheinberg, auch andere Kommunen und der Kreis Wesel haben sich dafür ausgesprochen, den Abbau von Kiesen (sogenannten Lockergesteinen) zu begrenzen. Die endliche Ressource Kies muss nachhaltig gesichert werden.

Radwegebenutzung noch Pflicht?

Vor zwei Jahren hat die GRÜNE Fraktion den Antrag eingebracht, alle Straßen im Stadtgebiet darauf zu überprüfen, ob die Radwegebenutzungspflicht (blaue Schilder) im Blick auf die im Jahr 2010 ergangene Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts rechtlich noch haltbar ist.

Schon im Jahr 1997 wurde die Straßenverkehrsordnung dahin geändert, dass Radfahrer die Straße benutzen dürfen beziehungsweise müssen. Hintergrund der Gesetzesänderung war die aus verschiedenen Unfallanalysen gewonnene Erkenntnis, dass Radfahrer, die erst im Moment der Überkreuzung der Fahrwege von Auto und Rad ins Blickfeld des Kraftfahrers kommen, am stärksten gefährdet sind, insbesondere an Ein- und Ausfahrten oder an Kreuzungen. Außerdem geraten auf den meist schmalen Geh- und Radwegen Fußgänger und Radfahrer sich immer wieder in die Quere. Das ist hier in Rheinberg seit langem Alltag.

Dabei sind Fußgänger und Radfahrer nicht nur wesentlich umweltfreundlicher unterwegs, sondern innerorts auch kaum langsamer als der von immer größeren Autos geprägte Kraftverkehr.



So kann es gehen: Eine gute Lösung am Innenwall.

Natürlich wird die Verlagerung des Radverkehrs auf die Straße bewirken, dass die Höchstgeschwindigkeiten der Kfz sich den veränderten Verhältnissen anpassen müssen. Eine reduzierte Fahrge-

windigkeit wird sich auch positiv auf die Radfahrer auf der Straße auswirken. Dies betrifft aber nicht alle: Kinder im Alter bis zu 8 Jahren müssen ohnehin immer auf Gehwegen fahren. Kinder bis

zu 10 Jahren dürfen generell auf Gehwegen fahren. Und auf ausreichend breiten Gehwegen kann die Verwaltung weiterhin den noch unsicheren Radfahrern mit den Schildern „Gehweg“ und „Radfahrer frei“ die Fahrt freigeben.

So wächst dann in Rheinberg ein Verkehrsklima mit hoher Aufenthaltsqualität für alle Bürger. Andere Städte, nicht nur die „Leuchttürme“ wie Bocholt, Iserlohn oder Reken sind schon weiter. Gerade hat unsere Nachbarstadt Wesel generell die Pflicht zur Benutzung von Radwegen aufgehoben und lässt Ausnahmen nur dort zu, wo besondere Verhältnisse wie Schwerlastverkehr und überörtlicher Schnellverkehr die Abtrennung des Radverkehrs auf seitliche Radwege erfordern.



Sachkundiger Bürger Fritz Ettwig kämpft für die Sicherheit der Radfahrer in Rheinberg

Bürgerbefragung zur „Zukunfts-entwicklung“ von Vierbaum

«Liaison entre actions de développement de l'économie rurale» kurz LEADER. Es ist schnell erklärt, was sich hinter dem französischen Namen verbirgt. Es geht um die ländlichen Regionen Europas. So eine ländliche Region bilden zum Beispiel die Städte Rheinberg, Xanten, Alpen und Sonsbeck. Zusammen sind sie die „LEADER-Region Niederrhein: Natürlich lebendig!“

Das EU-Projekt, das übersetzt „Vernetzung der Aktionen für die Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“ bedeutet, finanziert zukunftsorientierte Projekte in ländlichen Regionen. Dafür können sich Städte und Gemeinden zu Regionen zusammenschließen und sich mit einer Strategie für die Weiterentwicklung ihrer Region bewerben. Das hat die LEADER-Region Niederrhein für den Zeitraum 2014 bis 2020 getan und in einigen Workshops mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern herausgearbeitet, in welche Rich-

tung und – vor allem – mit welchem Schwerpunkt sich die Region entwickeln soll.

Die Hochschule Rhein-Waal in Kamp-Lintfort hat sich in diesem Rahmen das interdisziplinäre Projekt „Zukunftsdorf“ vorgenommen. Ziel des Projektes, das von Frau Mosler von der Hochschule geleitet und Frau Weber-Santos von der Stadt Rheinberg unterstützt wird, ist es, die Bereitschaft zum Engagement und die Interessen der BürgerInnen zur zukünftigen Entwicklung ihres unmittelbaren Lebensraumes zu ermitteln.

Vierbaumer Vereine zeigten Interesse an der Fragestellung, wie man eine Dorfgemeinschaft zukunftsgerichtet aufstellen kann und riefen auf zu einer ersten Versammlung in den Schwarzen Adler. Die große Zahl von fast 80 interessierten BürgerInnen machte deutlich: Da wollen wir mitreden!

Gemeinsam wurden Fragen entwickelt: Was bewegt uns im Ort? Welches Leitbild stellen wir uns vor? Welche Querschnitts-Themen bieten sich an? Welche Potenziale haben wir vor Ort? Wie kommunizieren wir? Daraus wurde ein Fragebogen zu zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten von Vierbaum erarbeitet.

In der zweiten Novemberhälfte 2015 wurden diese Fragebögen nun von den BürgerInnen an die Haushalte verteilt und Anfang Dezember konnten über 100 ausgefüllte Bögen an die Studenten übergeben werden.

Ergebnisse werden im Februar vorgestellt

Als nächster Schritt werden im Februar 2016 die Ergebnisse durch die Studierenden des Projekts der Hochschule Rhein-Waal im Rahmen einer Veranstaltung im „Schwarzen Adler“ vorgestellt.



Sachkundige Bürgerin Luise Theile berichtet über die Bürgerbeteiligung zur Entwicklung von Vierbaum

Die ausgewerteten Fragebögen werden dann Entwicklungsmöglichkeiten aufdecken und im Anschluss daran können die Bürgerinnen und Bürger genau die Folgeprojekte umsetzen, die sie interessieren. Dies ermöglicht es, aktiv an der Gestaltung und Entwicklung des Orts teils mitzuwirken.

Dazu ist es dann auch möglich, für einzelne Projekte Gelder aus EU-Mitteln zu beantragen – und zwar aus dem LEADER-Topf!

Bürger-Initiative NIAG-Bahnlärm informiert

Wann wird's endlich leiser?

Beim letzten runden Tisch im Oktober 2015 wurde intensiv das Thema Lärm durch zu schnelles Fahren der Züge besprochen.

Aufgrund einer Beschwerde der Bürger-Initiative wurden die Fahrtschreiber überprüft und Überschreitungen festgestellt und seitens der NIAG Konsequenzen gezogen: Die Installation von zwei dauerhaften Geschwindigkeitsmessgeräten auf Rheinberger und Baerler Gebiet ist vereinbart worden!

Insgesamt hat leider die Frequenz der Fahrten pro Tag zugenommen und Fahrten sind insbesondere in den nächtlichen Bereich, beziehungsweise in die frühen Morgenstunden verlegt worden: zwischen 3:00 und 7:00 Uhr. Dies wird seitens der NIAG mit der ungünstigen Zuteilung der Gleisstrecken durch die zuständigen Vergabestellen begründet.

Konstruktive Zusammenarbeit mit der NIAG

Positiv anzumerken: Ende August 2015 wurde die Gleisschmieranlage im Gleisbogen Baerler Bahnhof/Mühlenstraße installiert und in Betrieb genommen. Auch die Auswechslung der Gleisschwellen und Schienen hat stattgefunden, der Anteil der eingesetzten Güterwagen mit leisen Bremsen konnte auf aktuell ca. 65 % gesteigert werden.



Insgesamt besteht weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit und die NIAG ist willens, die Vereinbarung einzuhalten. Am Ende des ersten Quartals 2016 beginnt nach derzeitigem Stand das

Ausschreibungsverfahren für den Umbau des Bahnübergangs an der Baerler Straße/Lohmühler Weg, und mit der Fertigstellung der Baumaßnahmen könnte Mitte 2016 gerechnet werden.

In den Mühlen der Bürokratie auf dem Weg von Duisburg nach Düsseldorf bleibt der Gesundheitsschutz der BürgerInnen auf der Strecke!

Eva Hellmis

Einladung zu einem Filmabend

Die GRÜNEN Rheinberg laden herzlich ein zu einem Filmabend im Schwarzen Adler Vierbaum am Freitag, dem 29. Januar 2016 um 19.30 Uhr – Eintritt frei!

Zwischen Himmel und Eis

Darauf können Sie sich freuen: Eisig, unnahbar und wunderschön – scheinbar endlos erstrecken sich die Schneelandschaften der Antarktis. Doch das Jahrtausende alte Eis hütet ein Geheimnis: Unzählige eingeschlossene Luftbläschen aus Urzeiten zeugen vom Klima vergangener Zeiten und seiner Veränderung durch den Menschen. Luc Jacquet blickt zurück auf die ersten Expeditionen des französischen Wissenschaftlers Claude Lorius, der bereits als junger

Mann unter extremsten Bedingungen das Eis erforscht hat. Ihm gelang es, erstmals die Klimageschichte unseres Planeten bis 800.000 Jahre zurückzufolgen und eine bittere Wahrheit aufzudecken.

Mit atemberaubenden Landschaftsaufnahmen und spektakulärem Archivmaterial erzählt Oscar®-Preisträger Luc Jacquet (DIE REISE DER PINGUINE) die abenteuerliche Geschichte des Polarforschers Claude Lorius, der sein Leben dem Eis gewidmet hat. Dabei offenbart er einen Planeten von unermesslicher Schönheit, aber auch großer Zerbrechlichkeit. Der eindrucksvolle Dokumentarfilm ist gleichermaßen bildgewaltiges Naturerlebnis, spannendes Antarktisausflug und bewegendes Plädoyer für den Klimaschutz. Erzählt von Max Moor.



Ein kleiner Aufwand für ein Menschenleben!

Am 28. November 2015 haben wir auf dem Weihnachtsmarkt in Budberg eine Typisierungsaktion vorgenommen. Die Besucher des Weihnachtsmarkts hatten die Gelegenheit eine Speichelprobe durch Abstrich im Mund abzugeben. Durch diese Speichelprobe werden die Gewebemerkmale analysiert, um dann in das Knochenmarkspenderregister Deutschland aufgenommen zu werden. Möglicherweise kommt man als Stammzellenspender in Frage, um Leukämieerkrankten helfen zu können. Etliche Spender konnten am letzten Samstag im November gewonnen werden.

„Es gibt nichts Gutes – außer: man tut es.“



Von dieser Erkenntnis Erich Kästners konnten sich die Rheinberger GRÜNEN am 8. Dezember 2015 überzeugen, als sie der Rheinberger Tafel einen Besuch abstatteten und Frau Braun und ihrem HelferInnen-Team einige Schuhkartongeschenkpakete überreichten, die an die BesucherInnen vor Weihnachten ausgegeben werden. Damit verbunden war auch ein großer Dank an die vielen fleißigen ehrenamtlichen HelferInnen der Tafel, die jeden Dienstag die Ausgabe der Lebensmitteltüten bewerkstelligen. Inzwischen ist durch die in Rheinberg untergebrachten Flüchtlinge die Zahl der BesucherInnen der Tafel auf ca. 800 Personen gestiegen. Deren tief bekundete Dankbarkeit für die gespendeten Lebensmittel sei der schönste Dank, den sie und ihre KollegInnen erfahren, so Frau Braun, und auch Motivation, mit Freude und Elan weiter für die Tafel zu arbeiten.

Bürgermeisterwahlkampf und was übrig bleibt . . .

Liebe Rheinberger BürgerInnen,

zunächst bedanke ich mich vielmals bei allen, die mich in meinem Wahlkampf auf vielfältige Art und Weise unterstützt und gewählt haben. Verhehlen kann ich nicht, dass ich letztendlich enttäuscht war, trotz meines großen Einsatzes nicht in die Stichwahl gelangt zu sein, aber ich blicke nach vorne und werde mich weiterhin in meinen Fachausschüssen als sachkundiger Bürger und als Sprecher der Grünen mit Lust und Überzeugung engagieren.

In Erinnerung aus den Podiumsdiskussionen werden mir die vielen guten Absichten und Ziele meiner Mitbewerber bleiben: Transparenz der Verwaltung, Amtsführung mit Bürgernähe, Erhaltung der Sportanlagen in Rheinberg, Erhaltung der Schwimmbäder, insbesondere des schönen Freibades, Gewinnung von Käufern und Besuchern aus den umliegenden Gemeinden und aus dem Ruhrgebiet, ein ausgeglichener Haushalt verbunden mit dem Ausstieg aus der Haushaltssicherung im Jahre 2023. Herr Tatzel kündigte an, die Kämmerei zu seinem Dezernatsbereich zu machen mit der Begründung, er sei Banker, also werde er sich um die Finanzen kümmern. Das kam gut an. Ich bin gespannt, ob er dieses auch verwirklichen wird. Rheinberg braucht einen entschlossenen Bürgermeister, der eine Richtung vorzugeben imstande ist und verschiedene politische Strömungen zumindest in den substanziellen städtischen Fragen einigen kann. Rheinberg verlangt nach Taten.

Und da ist nicht nur der Erste Bürger in der Pflicht, sondern sind alle BürgerInnen gerne aufgefordert, daran mitzuarbeiten. Meine Arbeitsschwerpunkte neben der konkreten fraktionellen Befassung im Sport- und Jugendhilfeausschuss bestehen in der Hauptsache in der Abschaffung der Massentierhaltung, der Bekämpfung der immer drastischeren sozialen Ungerechtigkeit und – neben dem Einsatz für die aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge – die permanente Ächtung des Krieges. Ich stehe Ihnen nach wie vor für Ihre Anliegen zur Verfügung. Wenn Sie etwas auf dem Herzen haben: Bitte melden sie sich bei mir oder bei meinen KollegInnen vom GRÜNEN Ortsverband!

Ihr Peter Mokros

A handwritten signature in blue ink that reads "Peter Mokros".

IMPRESSUM

Herausgeber:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Stadthaus Rheinberg
47495 Rheinberg

Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen
c/o Ulla Hausmann-Radau
Grafschafter Straße 3c
47495 Rheinberg
www.gruene-rheinberg.de

Gestaltung, Satz, Bildbearbeitung und Druck:
TYPOGRAF Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14
47475 Kamp-Lintfort
Ruf 02842/94622
johannes.tuschen@t-online.de
www.typograf-kamp-lintfort.de